Schweizerisches Bundesblatt.

XI. Jahrgang. II.

Nr. 38.

6. August 1859.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Fr.

Einschickungsgebühr per Zeile 15 Cent. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwabel) in Bern.

Bericht

der

Mehrheit der nationalrätlichen Commission, betreffend die Los-
trennung des Kantons Tessin und einiger Gemeinden Graub-
bündens von den Bisthümern Como und Mailand.

(Vom 14. Juli 1859.)

Titel!

Die Commission, welche den Beschlusse Entwurf des Bundesrathes, betreffend die Lostrennung derjenigen Gebietstheile der Schweiz, welche zur Zeit noch auswärtigen Bisthümern einverleibt sind, von den letztern zu prüfen hatte, legte sich vor Allem die Frage vor, ob die gegenwärtigen politischen Conjunctionen das sofortige Eintreten in den Beschlusse Entwurf oder eine Verschiebung der Behandlung desselben als rätlich erscheinen lassen. Die Ansichten der Commission über die Beantwortung dieser Vorfrage waren getheilt. Während eine Minderheit von drei Mitgliedern dafür hält, es sollte die Behandlung des Beschlusse Entwurfes auf eine spätere Zeit, welche einen klarern Blick in die dabei in Betracht kommenden Verhältnisse gestatte, verschoben werden, geht eine aus vier Mitgliedern bestehende Mehrheit der Commission von der Ansicht aus, es dürften gerade die zur Zeit obwaltenden politischen Verhältnisse dazu angethan sein, eine befriedigende Erledigung der uns vorliegenden Angelegenheit herbeizuführen. Die Mehrheit der Commission will nicht untersuchen, inwiefern die politischen Conjunctionen, wie sie vor Abschluß des Präliminarfriedens obgewaltet haben, der Erreichung jenes Zweckes noch günstiger gewesen wären. Sie begnügt sich, die Ansicht in ihren Bericht niederzulegen, daß eine Zeit, in welcher eine Neugestaltung der Lombardei in Aussicht steht, ganz besonders dazu berufen zu sein scheint,

einer Anomalie, die wohl ziemlich allgemein in der Erstreckung des Bisthumsverbandes von Como und Mailand über umfängliche Gebietstheile der Eidgenossenschaft erblickt wird, ein Ziel zu setzen. Sie begnügt sich hervorzuheben, daß der Nachweis, es werden die nächstfolgenden Jahre Verumständungen mit sich bringen, welche einer glücklichen Lösung der unbeschäftigenden Bisthumsfrage förderlicher sein werden, als die politischen Verhältnisse der Gegenwart, schwer zu leisten sein dürfte. Sie macht endlich darauf aufmerksam, daß die Eidgenossenschaft in neuerer Zeit wiederholt einer klugen und entschlossenen Benützung der Gunst des Augenblickes die werthvollsten Errungenschaften, sowohl in Betreff ihrer innern Gestaltung, als bezüglich ihrer Stellung zum Auslande zu verdanken hatte.

Hält die Mehrheit der Commission im Hinblick auf die hervorgehobenen Gesichtspunkte dafür, daß gegenwärtig auf den uns von dem Bundesrathe vorgelegten Beschlusse Entwurf eingetreten werden solle, so hätte sie nun zunächst einen Blick auf die Uebelstände zu werfen, welche die Vereinigung schweizerischer Gebietstheile mit auswärtigen Bisthümern für unser Vaterland mit sich bringt. Sie glaubt aber in dieser Richtung Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen zu sollen. Die Commission ist einmüthig in der Ueberzeugung, daß jene Vereinigung entschiedene Nachtheile für die Eidgenossenschaft zur Folge hat. Wir glauben dieselbe Uebereinstimmung der Anschauungsweise auch bei Ihnen voraussetzen zu sollen, und wir würden es daher für völlig überflüssig ansehen, dasjenige erst noch einläßlich beweisen zu wollen, was als allgemein zugegeben vorausgesetzt werden darf.

Dagegen wollen wir nicht unterlassen, auf die Unerprießlichkeit des Zwitterzustandes aufmerksam zu machen, in welchem sich der Canton Tessin zur Zeit, gemäß der thatsächlichen Entwicklung der Dinge, in Betreff seines bisthümlischen Verbandes befindet. Auf der einen Seite hat eine förmliche Lostrennung dieses Cantons vom Bisthum Como und dem Erzbisthum Mailand noch nicht Statt gefunden. Auf der andern Seite hinwieder haben die Behörden des Cantons Tessin dem gegenwärtigen Bischöfe von Como und dem jetzigen Erzbischöfe von Mailand ihre Anerkennung verweigert und die wir, wenn die in der Botschaft des Bundesrathes aufgezählten mannigfachen Vorkommenheiten, die vor und nach der Wahl jener Würdeträger Statt gefunden haben, ins Auge gefaßt werden, auch verweigern müssen. Bei so bewandten Verhältnissen steht nun aber der Canton Tessin nur noch auf dem Papiere, aber nicht mehr der Wirklichkeit nach in einem bisthümlischen Verbande. Die Folge davon ist, daß zwischen den Behörden des Cantons Tessin und den Bischöfen keinerlei amtlicher Verkehr besteht, daß die letztern das Tessinische Gebiet meiden müssen, und daß sie daher auch dort die Firmelung und die mancherlei andern Verrichtungen, welche ihr Hirtenamt mit sich bringt, nicht vollziehen können. Es bedarf wohl keines weitern Nachweises, daß ein solcher Zustand die vielfältigsten Nachtheile zur Folge haben muß und auf die Dauer nicht fortbestehen kann.

Ob also die Commission die Uebelstände, welche die Vereinigung Schweizerischer Gebietstheile mit fremden Bisthümern an und für sich mit sich bringt, ins Auge faßt, oder ob sie ihren prüfenden Blick auf die Verhältnisse richtet, wie sie sich im Besondern zwischen dem Canton Tessin und seinen auswärtigen Bischöfen zur Zeit thatsächlich gestaltet haben, so muß sie sich für die hohe Wünschbarkeit der Lostrennung des gesammten Schweizerischen Gebietes von jeglichem auswärtigen Bisthumsverbande erklären.

Ist die Commission in Betreff dieses anzustrebenden Zieles einmüthig, so gehen dagegen ihre Ansichten über den Weg, der zur Erreichung desselben eingeschlagen werden soll, aus einander. Zwei Mitglieder der Commission halten dafür, es solle auch ferner der Weg der Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle eingeschlagen werden, während die übrigen Mitglieder der Commission die Ueberzeugung haben gewinnen müssen, daß mit bloßen Unterhandlungen das vorgesteckte Ziel nicht erreicht werden könne.

Zur Rechtfertigung dieser Ansicht beruft sich die Mehrheit der Commission lediglich auf den Gang, den die bisher gepflogenen Unterhandlungen genommen haben. Der Bundesrath hat zum ersten Male mit Zuschrift vom 19. März 1856 dem Geschäftsträger des päpstlichen Stuhles die Anknüpfung von Unterhandlungen zum Zwecke der Lostrennung der Cantone Tessin und Graubünden von den Lombardischen Bisthümern und deren Vereinigung mit Schweizerischen Diözesen vorgeschlagen. Nachdem die Correspondenz über die bloße Anknüpfung solcher Unterhandlungen in vielen Notizen und Gegennotizen fortgeführt worden ist, und nachdem überdies ein mit der Schweiz und dem päpstlichen Stuhle befreundeter Staat seine Mitwirkung zum Zwecke einer Verständigung über die Anbahnung der Unterhandlungen hat eintreten lassen, ist nun nach mehr als drei Jahren die Vorverhandlung über die Anknüpfung der Unterhandlungen auf dem Punkte angelangt, daß der päpstliche Stuhl vor jeder Unterhandlung über die Lostrennung Tessin's und Graubünden's von den Lombardischen Bisthümern die Einstellung folgender Tessinischer Gesetze verlangt: 1) des Novizengesetzes; 2) des Gesetzes über die Ehehindernisse und Civilehen; 3) des bürgerlich-kirchlichen Gesetzes; 4) des Gesetzes über Literar- und Gymnasialschulen; 5) des Gesetzes über Säkularisation des Unterrichtes und 6) des Gemeindegesetzes. Nach mehr als dreijährigen Vorverhandlungen erklärt also der päpstliche Stuhl, er werde sich erst dann zu Unterhandlungen, betreffend Lostrennung der Schweizerischen Gebietstheile von den Lombardischen Bisthümern herbeilassen, wenn der Canton Tessin so zu sagen seine ganze Gesetzgebung suspendirt habe! Daß der Canton Tessin sich nie und nimmer auf eine solche Bedingung einlassen dürfte und daß, wenn er es auch wollte, die Eidgenossenschaft sie von der Hand zu weisen hätte — darüber werden Sie wohl alle einverstanden sein. Die Mehrheit der Commission

glaubt aber auf die gleiche Uebereinstimmung Ihrer Ansichten Anspruch zu haben, wenn sie ihre Ueberzeugung dahin ausspricht, es sei durch den bisherigen Gang der Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle der Beweis erbracht, daß die Erreichung des Zieles, das wir uns vorgesetzt, auf dem Wege der Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle nicht erwartet werden könne.

Kann nach der Ansicht der Mehrheit der Commission die Lostrennung der Schweizerischen Gebietstheile von auswärtigen Bisthümern mittelst weiterer Unterhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle nicht erzielt werden, so bleibt nur noch ein Weg zur Erreichung dieses Zieles übrig, es ist derjenige eines gesetzgeberischen Actes der Staatsgewalt.

Die Mehrheit der Commission hat nun zu untersuchen, ob die Staatsgewalt im Gegensatz zu der Kirchengewalt hierzu competent sei, und wenn ja, ob auch die Bundesgewalt oder etwa bloß die Cantonalgewalt einen solchen Act von sich ausgehen zu lassen die Berechtigung habe.

Daß die Staatsgewalt befugt ist, von sich aus und ohne Mitwirkung der Kirchengewalt zu verordnen, es solle das ihr unterworfenen Gebiet weder ganz, noch theilweise einem auswärtigen Bisthumsverbande angehören, scheint der Mehrheit der Commission aus dem Wesen des Staates mit Nothwendigkeit zu folgen. Es ist diese Befugniß auch von jeher und allerwärts von der Staatsgewalt beansprucht worden. Merkwürdiger Weise wurde sie dem Staate gerade mit Beziehung auf die Frage, welche uns beschäftigt, von einer Seite, welche auch die Minderheit der Commission als eine durchaus unverdächtige gelten lassen dürfte, zuerkannt. Die Oesterreichische Hof- und Staatskanzlei erklärte, als im Jahre 1820 die Lostrennung Lessin's von den Lombardischen Bisthümern betrieben wurde, dem Schweizerischen Geschäftsträger in Wien zu Händen des Vorortes, „daß, da „jeder freie Staat das Recht habe, sein Gebiet einer aus- „wärtigen Episcopaljurisdiction zu entziehen, S. M. der „Kaiser weit entfernt sei, der Regierung von Lessin das Recht, „ein neues Bisthum zu errichten, streitig zu machen.“ Und wohl darf hier auch angeführt werden, daß die Wienercongreßacte, durch welche das Bisthum Basel wieder der Schweiz zugetheilt wurde, in Betreff des Episcopalverbandes desselben wörtlich bestimmte: „Die Schwei- „zerische Tagsatzung wird entscheiden, ob es erforderlich sei, „ein Bisthum in diesem Theile der Schweiz beizubehalten, oder ob dieses „Bisthum mit demjenigen könne vereinigt werden, das in Folge neuer „Verfügungen aus den bis dahin zum Bisthum Constanz gehörigen Schwei- „zerischen Gebietstheilen soll gebildet werden.“

Wenn nun aber auch die Staatsgewalt befugt ist, von sich aus und ohne Mitwirkung der Kirchengewalt die Aufhebung jeder auswärtigen Episcopaljurisdiction in dem ihr unterworfenen Gebiete zu verordnen, so steht

diese Competenz in der Schweiz nach den Vorschriften der Bundesverfassung auch der Bundesgewalt oder etwa bloß der Cantonalgewalt zu? Die Mehrheit der Commission steht keinen Augenblick an, sich für die Competenz der Bundesgewalt auszusprechen. Die Beweisführung für diese Behauptung scheint ihr wieder ungemein einfach zu sein. Der einzige Grund, warum die Verbindung Schweizerischer Gebietstheile mit auswärtigen Bisthümern als ein Uebelstand, ja unter Umständen als eine Gefahr erscheint, besteht darin, daß angenommen wird, es werde durch diesen ausländischen bisthümlichen Verband ein für die nationale Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz nachtheiliger Einfluß auf die betreffenden Schweizerischen Gebietstheile ausgeübt. Da nun durch den in Rede stehenden gesetzgeberischen Act einem solchen für die Unabhängigkeit der Schweiz nachtheiligen Einflusse entgegengewirkt werden soll, und da nach Art. 2 der Bundesverfassung „der Bund die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Außen zum Zwecke hat,“ wie auch nach Art. 74, 6. der Bundesverfassung „Maafregeln für die Behauptung der Unabhängigkeit der Schweiz“ in den „Geschäftskreis“ der Bundesversammlung fallen, so scheint uns zunächst die Bundesgewalt und im Besondern die Bundesversammlung zu dem fraglichen gesetzgeberischen Acte competent zu sein.

Zum Ueberflusse mag übrigens hier noch hervorgehoben werden, daß die Behörden des Cantons Tessin die Bundesbehörden wiederholt um die Erlassung eines Bundesgesetzes, dahin lautend, „es habe alle Gerichtsbarkeit ausländischer Bischöfe von jetzt an auf dem ganzen Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft aufzuhören,“ angegangen haben. Wir gedenken dieser Thatsache nicht etwa, um damit zu beweisen, daß, wenn auch der Bund an sich in Sachen nicht competent wäre, er doch dadurch, daß der Canton Tessin ihn um die Erlassung eines Bundesgesetzes angehe, die erforderliche Competenz erlange. Wir würden eine solche Beweisführung in mehrfacher Beziehung als unzulänglich ansehen. Vielmehr erwähnen wir jener Thatsache nur darum, weil aus ihr hervorgeht, daß auch die Behörden des Cantons Tessin der Ansicht huldigen, die Staatsgewalt, von welcher ein gesetzgeberischer Act in der Bisthumsangelegenheit auszugehen habe, sei zunächst nicht die Cantonalgewalt, sondern die Bundesgewalt.

Sind wir jetzt zu den Resultaten gelangt, daß die Lostrennung der Schweizerischen Gebietstheile von den auswärtigen Bisthumsverbänden nur auf dem Wege eines gesetzgeberischen Actes der Staatsgewalt erreicht werden könne, und daß zunächst die Bundesgewalt die Competenz zu einem solchen Acte besitze, so fragt es sich nur lediglich noch, ob die Bundesgewalt von der ihr zustehenden Competenz in dem vorliegenden Falle auch wirklich Gebrauch machen solle. Die Mehr-

heit der Commission bejaht diese Frage entschieden. Sie glaubt, wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen. Sie hält gegenüber der Kirche ein entschlossenes und kräftiges Vorgehen für das allein geeignete. Sie kann sich endlich auch durch Bedenken nicht irre machen lassen, welche etwa schon betreffend die Rückwirkung eines solchen Vorgehens auf die politischen Zustände des Cantons Tessin laut wurden; sind es doch die bei den letztern zunächst betheiligten Tessinischen Behörden selbst, welche wiederholt und immer dringender die Bundesbehörden um Aufhebung jeglicher auswärtiger Episcopalfürisdiction auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft angegangen haben.

In Umfassung alles Vorgebrachten beehrt sich die Mehrheit der Commission, Ihnen den Ihnen ausgetheilten Beschlussesentwurf vorzulegen. Er stimmt mit dem Ihnen von dem Bundesrathe hinterbrachten überein *), abgesehen von einigen kleinen Modificationen, die wir als selbstverständlich betrachten zu dürfen und daher auch hier nicht besonders begründen zu sollen glauben.

Nach dem Wunsche eines Mitgliedes der Mehrheit der Commission soll in diesen Bericht die Meldung niedergelegt werden, daß dasselbe nicht in allen Punkten, und gerade auch nicht in Betreff der Competenz der Bundesbehörden, mit den Ansichten der vier übrigen Mitglieder der Mehrheit der Commission völlig übereinstimme, daß es sich aber gleichwohl, nachdem ein von ihm in dieser Richtung gestellter Antrag in der Minderheit geblieben, in der Hauptsache nicht von der Mehrheit der Commission habe trennen wollen.

Der Berichterstatter der Mehrheit der Commission darf schließlich nicht unterlassen, Sie zu bitten, die Mangelhaftigkeit seines Berichtes mit dem Umstande entschuldigen zu wollen, daß ihm für die Ausarbeitung desselben nur wenige Stunden zugemessen waren.

Die Mehrheit der Commission benutz mit Vergnügen auch diesen Anlaß, Sie, Tit., ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 14. Juli 1859.

Die Mitglieder der Mehrheit der Commission:

Dr. A. Escher, Berichterstatter.

Dr. Kasimir Pfyster.

Blösch.

Keller.

Martin.

*) Siehe Seite 97 hievon.

Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, betreffend die Los-Trennung des Kantons Tessin und einiger Gemeinden Graubündens von den Bisthümern Como und Mailand. (Vom 14. Juli 1859.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1859
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	38
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.08.1859
Date	
Data	
Seite	281-286
Page	
Pagina	
Ref. No	10 002 833

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.